

**Beschlussprotokoll
über die
7. Sitzung des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Kärnten
vom 26.11.2024**

Ort: Wirtschaftskammer Kärnten, Karl-Baurecht-Saal A 114
Datum: 26. November 2024
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.30 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Protokoll vom 28.5.2024
2. Präsident Jürgen Mandl, MBA
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“
3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer
Bericht des Direktors
4. Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten 2025 (Beilage)
5. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung
6. Allfälliges

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit Protokoll vom 28.5.2024

Präsident Jürgen Mandl, MBA eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der Sitzung vom 28.5.2024 werden keine Einwendungen bzw. Ergänzungswünsche erhoben, es ist somit genehmigt.

Die Sitzung wird erstmals als Livestream im Internet übertragen.

2. Präsident Jürgen Mandl, MBA „Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“

kein Beschluss

3. Direktor MMag. Dr. Meinrad Höfferer Bericht des Direktors

kein Beschluss

4. Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten 2025 (Beilage)

Ausführliche Unterlagen wurden mit der Sitzungseinladung an alle Mitglieder des Wirtschaftsparlaments ausgesandt (Beilage 1).

Anhand beiliegender Folien erläutert Finanzreferent Mag. Peter Gauper den Voranschlag 2024 (Beilage 2).

Das Wirtschaftsparlament beschließt einstimmig:

1. den für das Rechnungsjahr 2025 vorgelegten Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten, der ausgeglichen ist und
2. die Kammerdirektion zu beauftragen, den beschlossenen Voranschlag der Wirtschaftskammer Kärnten gemäß § 132 Abs. 1 und 3 des Wirtschaftskammergesetzes der Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft zur Kenntnis zu bringen.

Präsident Jürgen Mandl bringt gemäß § 15 Kontrollausschussordnung den Endbericht des Kontrollausschusses zur Gebarungsprüfung 2023 zur Kenntnis:

„Die Wirtschaftskammer Kärnten und die ihr zugehörigen Fachgruppen haben im Haushaltsjahr 2023 in ihrer Gebarung die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beachtet.“

5. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung

Antrag 1 „Die Änderung der Gastgewerbepauschalierungsverordnung zur Stabilisierung der Marktsituation wird aufgrund folgender Überlegungen begehrt“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von WP-Del. Stefan Sternad, Vizepräsident KommR Alfred Trey, Vizepräsident KommR Günter Burger und Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge sich bei den zuständigen Stellen allem voran in Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung für die Erlassung einer neuen auf die aktuelle Marktsituation angepassten Verordnung einsetzen“

wird einhellig (mit Enthaltung) angenommen.

Antrag 2 „Mutter = Mutter, Gleichstellung aller Mütter in Kärnten“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von Vizepräsidentin KommR Astrid Legner, Vizepräsident KommR Alfred Trey, Vizepräsident KommR Günter Burger und WP-Del. Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für UnternehmerInnen einzusetzen. Dabei sollen insbesondere folgende Maßnahmen, die der Gleichstellung von selbständigen und unselbständigen Unternehmerinnen dienen, verfolgt werden:

- Monatliche UND automatisierte Auszahlung des Wochengeldes
- Einführung eines „Sonderwochengeldes“ auch für selbstständige Unternehmerinnen
- Die Möglichkeit, den Einkommenssteuerbescheid des letzten oder vorletzten Jahres vor der Geburt für die Berechnung des KBGs heranziehen zu können
- Zuverdienstgrenzen für Unternehmerinnen transparenter gestalten
- Vereinfachung oder zur Verfügungstellung eines benutzerfreundlichen Tools für die Berechnung der Zuverdienstgrenze“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 „Ja zum Kärntner Energie-Mix! Nein zum Windkraft-Verbot“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von WP-Del. DI Christoph Aste, MSc, Vizepräsident KommR Alfred Trey und WP-Del. Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich bei der Kärntner Landesregierung dafür einzusetzen, dass u.a. im Rahmen der Abstimmung zum Volksbegehren am 12. Jänner 2025, die oben genannten Forderungen berücksichtigt werden und ein klares Signal für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik in Kärnten gesetzt wird. Obwohl die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus besteht, müssen Planungsprozesse unter Einhaltung ökologischer Kriterien durchgeführt werden. Zudem fordert die Kärntner Wirtschaft eine Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, um schneller auf den Energiebedarf reagieren zu können“

wird einhellig (mit Enthaltungen) angenommen.

Antrag 4 „Errichtung eines digitalen Hubs mit eigenem Kärntner Internet Exchange-Knoten“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von WP-Del. KommR DI Martin Zandonella, Vizepräsident KommR Günter Burger und WP-Del. Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen des Landes Kärnten dafür einzusetzen, dass die Errichtung eines Digitalen Hubs mit eigenem Internet Exchange Knoten in Kärnten im Jahr 2025 umgesetzt wird“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 5 „Keine Strompreiserhöhung durch Energieversorgungsunternehmen, an denen Bund oder das Land Kärnten direkt oder indirekt beteiligt ist“

Der Abänderungsantrag „Rücknahme der geplanten Netztarifierhöhung in Kärnten, eingebracht von WP-Del. Peter Storfer, Vizepräsident KommR Alfred Trey, Vizepräsident KommR Günter Burger und WP-Del. Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer möge in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherstellen, dass die Netztarife künftig österreichweit einheitlich gestaltet werden und es zu keinerlei Ungleichbehandlung in den Bundesländern kommt. Was die geplante Erhöhung der Netztarife Kärnten anlangt, ist ein Rücknahme derselben ein Gebot der Stunde“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 „Mauttarifverordnung 2024“

Der Abänderungsantrag, eingebracht von WP-Del. KommR Ing. Mag. Elisabeth Rothmüller-Jannach, Vizepräsident KommR Günter Burger und Vizepräsident KommR Alfred Trey

„Die Wirtschaftskammer möge in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherstellen, dass die geplanten Mauterhöhungen an die aktuell schwierigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden. Unsere Unternehmen tragen täglich zur Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs bei und dürfen daher nicht so drastisch überstrapaziert werden. Österreichs Mauttarife sind bereits die höchsten in Europa. Die geplante Erhöhung von 12,5 Prozent ist in Zeiten der Rezession nicht tragbar. Die Befreiung der Unternehmen von steuerlichen und bürokratischen Lasten sollte das Ziel sein“

wird mehrheitlich angenommen.

Antrag 7 „Spätfolgen der Corona-Hilfsmaßnahmen treffen jetzt viele Betriebe“

Der Abänderungsantrag, Spätfolgen der Corona-Hilfsmaßnahmen treffen jetzt viele, eingebracht von WP-Del. Mag. Josef Petritsch, Vizepräsident KommR Alfred Trey, Vizepräsident KommR Günter Burger und WP-Del. Markus Ertel

„Die Wirtschaftskammer möge in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherstellen, dass die Fristen für die Rückforderungen bereits erhaltener Corona-Hilfen ebenso verlängert werden wie die Laufzeiten der AWS-Garantien für Corona-Überbrückungskredite. Die Wirtschaft und der Staat haben den Banken 2008 aus der Krise geholfen. Jetzt sollen sich Staat und Banken bemühen, vielen Unternehmen aus der Krise helfen“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 8 „Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbstständigen.

Weil´s um mehr geht“

Der Beschlussantrag, eingebracht von Vizepräsident KommR Alfred Trey und WP-Del. Aaron Radaelli

„Das Wirtschaftsparlament der WKK möge sich bei der WKO einsetzen für:

1. Krankengeld ab dem 4. Krankheitstag: Selbstständige sollen bereits ab dem vierten Krankheitstag Anspruch auf Krankengeld haben. Dies soll finanzielle Härten und Einkommensverluste vermeiden, die durch längere Erkrankungen entstehen, und den sozialen Schutz dieser Unternehmer erheblich verbessern.

2. Automatische Arbeitslosenversicherung: Eine automatische Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ist einzuführen. Diese soll bei Auftragsausfällen oder Geschäftsaufgaben als finanzielles Sicherheitsnetz fungieren und so die Existenz der Betroffenen sichern.

3. Abschaffung des 20%igen Selbstbehaltes in der Krankenversicherung: Der 20%ige Selbstbehalt in der Krankenversicherung stellt eine unverhältnismäßige Belastung für Selbstständige dar und ist abzuschaffen. Gleiche Beiträge sollten gleiche Leistungen garantieren, um Fairness im Gesundheitswesen zu gewährleisten.

4. Sicherung der Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Mutterschutz: Die Fortzahlung von Entgelten bei Krankheit oder während des Mutterschutzes ist für Selbstständige oft existenziell. Daher ist der staatliche Zuschuss zur Entgeltfortzahlung nicht nur zu sichern, sondern auch auszubauen, um diese finanziellen Risiken zu mindern.

5. Anpassung der Pensionsregelungen für Selbstständige: Besonders Frauen sollen durch die Anrechnung von Kinderbetreuungs- und Karenzzeiten auf die Pensionsansprüche fair unterstützt werden. Diese Anpassung beseitigt bestehende Ungleichheiten und sichert eine gerechte Altersvorsorge für Selbstständige.

6. Automatische Aussetzung von Sozialversicherungsbeiträgen in Krisenzeiten: Während des Mutterschutzes, der Karenzzeit oder bei schwerer Krankheit sind die Grundumlagen sowie die Sozialversicherungsbeiträge automatisch auszusetzen, um finanzielle Entlastung zu schaffen.

7. Streichung der Zuverdienstgrenzen während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld: Die derzeitigen Zuverdienstgrenzen sind zu streichen, um Selbstständigen eine flexible und nachhaltige Einkommensgestaltung zu ermöglichen, ohne sie in ihrer wirtschaftlichen Aktivität zu behindern“

wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 9 „Fachkräfte in die Wirtschaft, dazu Verlängerung der Wehrpflicht, bei Schaffung eines variablen Dienstmodells“ wurde zurückgezogen.

Antrag 10 „Steuergerechtigkeit für KMU und EPU. Weil´s um mehr geht“

Der Beschlussantrag, eingebracht von Vizepräsident KommR Alfred Trey und WP-Del. DI Constance Mochar

„Das Wirtschaftsparlament der WKK möge sich via WKÖ für folgende Punkte einsetzen:

1. Nach Gewinn gestaffelte Körperschaftsteuer: Die Körperschaftsteuer ist nach der Höhe des erzielten Gewinns zu staffeln. Kleinere Unternehmen sollen durch eine geringere Steuerlast entlastet werden, während große Konzerne, die hohe Gewinne erwirtschaften, einen angemessenen Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Dieses Modell stärkt die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Betriebe und stabilisiert den Mittelstand.

2. Einführung der digitalen Betriebsstätte: Im Zuge der Digitalisierung sollen auch große internationale Konzerne, die in Österreich Umsätze generieren, hier entsprechend besteuert

werden. Die Einführung einer digitalen Betriebsstätte gewährleistet, dass diese Unternehmen einen fairen Beitrag zum Steueraufkommen leisten und heimische Betriebe nicht benachteiligt werden.

3. Einführung eines Umweltbonus für "Green Companies": Unternehmen, die besonders umweltfreundlich und nachhaltig agieren, sollen durch Steuererleichterungen gefördert werden. Dieser Umweltbonus schafft Anreize für eine nachhaltige Wirtschaft und honoriert Unternehmen, die aktiv zum Klimaschutz beitragen.

4. Steuerliche Förderung von Arbeitsraumtrennung für EPU: Viele Ein-Personen-Unternehmen arbeiten von zu Hause, wobei die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnraum oft schwierig ist. Es muss ermöglicht werden, einen Anteil von mindestens 10 % der Miet- und Betriebskosten steuerlich abzusetzen, um diese Belastung für EPU zu reduzieren.

5. Abbau von Steuerbegünstigungen für Großkonzerne: Bestehende Steuerbegünstigungen und Schlupflöcher, die vorwiegend von großen Konzernen genutzt werden, sind zu schließen. Es soll eine gerechtere Verteilung der Steuerlast angestrebt werden, die sicherstellt, dass auch Konzerne ihren fairen Beitrag leisten“

wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 11 „Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich durch gezielte Maßnahmen für KMU und EPU. Weil´s um mehr geht“

Der Beschlussantrag, eingebracht von Vizepräsident KommR Alfred Trey und WP-Del. DI Dr. Horst Kandutsch

„Das Wirtschaftsparlament der WKK möge sich via WKO dafür einsetzen:

1. Förderung österreichischer Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen verstärkt österreichische Unternehmen, insbesondere KMU und EPU, berücksichtigt werden. Ausschreibungen müssen so gestaltet sein, dass auch kleine Betriebe fair teilnehmen können. Dies stärkt nicht nur die lokale Wirtschaft, sondern auch die regionale Nahversorgerstruktur.

2. Konsequente Umsetzung des Bestbieterprinzips: Öffentliche Aufträge sollen nicht nur nach dem günstigsten Angebot vergeben werden, sondern qualitative Kriterien wie Nachhaltigkeit, Innovationskraft und soziale Verantwortung müssen stärker gewichtet werden. Dies fördert langfristig die Qualität und Innovationsfähigkeit heimischer Unternehmen.

3. Bekämpfung des Fachkräftemangels: Der Mangel an qualifizierten Fachkräften stellt eine erhebliche Herausforderung für KMU und EPU dar. Der SWV fordert daher ein umfassendes Lehrlingspaket, das den Ausbau technischer Schulen wie Fachhochschulen (FH) und höherer technischer Lehranstalten (HTL) einschließt. Insbesondere die Förderung von MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) muss intensiviert werden, um die zukünftige Generation von Fachkräften optimal auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

4. Erleichterungen für Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund: Die Anerkennung von Qualifikationen und Ausbildungen für Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund muss erleichtert werden. Zusätzlich braucht es Erleichterungen bei der Rot-Weiß-Rot-Karte, um den Zugang zu qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland zu vereinfachen. Dies stärkt nicht nur die Integration, sondern auch den Wirtschaftsstandort Österreich, indem qualifizierte Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

5. Stärkung der regionalen Wirtschaft: Gezielte Förderungen für regionale Projekte, der Ausbau von Infrastruktur in ländlichen Gebieten und die Förderung von Clustern und Netzwerken, die zur regionalen Wertschöpfung beitragen, sollen die regionale Wirtschaft stärken und gleichzeitig Arbeitsplätze vor Ort sichern“

wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 12 „Umfassender Bürokratieabbau für EPU und KMU. Weil´s um mehr geht“
Der Abänderungsantrag, Umfassender Bürokratieabbau für österreichische Unternehmen, eingebracht von WP-Del. Raimund Haberl, Vizepräsident KommR Alfred Trey, WP-Del. Markus Ertel und Vizepräsident KommR Günter Burger

„Das Wirtschaftsparlament der WKK möge sich via WKÖ für folgende Punkte einsetzen:

1. Digitalisierung der Verwaltungsprozesse: Es sollen flächendeckend digitale Plattformen eingeführt werden, die es KMU und EPU ermöglichen, alle wesentlichen Behördengänge und Meldepflichten effizient und ohne unnötigen Aufwand digital abzuwickeln. Ziel ist die Schaffung eines One-Stop-Shops für Unternehmensanliegen.

2. Vereinfachung der steuerlichen Meldepflichten: Die Meldepflichten im Steuerwesen sind zu vereinfachen. Es sollen standardisierte, digitale Berichtsformate eingeführt werden, die den administrativen Aufwand für Unternehmen erheblich reduzieren.

3. Entbürokratisierung von Förderanträgen: Förderanträge für staatliche Unterstützung sind zu vereinfachen und zentralisiert zu verwalten. Unternehmen sollen einfacher auf Fördermittel zugreifen können, indem das Verfahren digitalisiert und die Bearbeitungszeit verkürzt wird.

4. Reduzierung von Dokumentationspflichten: Die umfangreichen Dokumentationsanforderungen, die insbesondere kleinere Betriebe übermäßig belasten, sind zu überprüfen und zu reduzieren. Dies betrifft insbesondere Meldepflichten und statistische Erhebungen.

5. Erhöhung der Transparenz und Effizienz in der Verwaltung: Unternehmen brauchen einen schnelleren und klareren Zugang zu relevanten Informationen. Dazu gehört eine verbesserte Kommunikation zwischen Behörden und Unternehmen sowie eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und Genehmigungen.

6. Unterstützung bei Compliance-Anforderungen: Kleine Unternehmen benötigen spezialisierte Beratungsangebote und Schulungen, um die immer komplexeren Compliance-Vorgaben besser zu verstehen und einzuhalten, ohne übermäßige Kosten zu tragen“

wird einstimmig angenommen.

Antrag 13 „Klimawandelanpassung: Solidarischer Naturkatastrophen-Beitrag“
wurde zurückgezogen.

**Antrag 14 „Unterstützung hybrider Unternehmer:innen“
Der Beschlussantrag, eingebracht von WP-Del. Markus Ertel**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge ihr Angebot an Beratungs- und Unterstützungsleistungen für hybride Unternehmer ausbauen, insbesondere im Bereich rechtlicher Fragestellungen. Zudem soll sie regelmäßig themenbezogene Events und Vernetzungstreffen anbieten, um den Austausch und das Networking zu fördern. Ein intensiver Austausch mit Förderstellen soll dabei helfen, das Bewusstsein für die spezifischen Herausforderungen und Bedürfnisse hybrider Unternehmer zu stärken“

wird mehrheitlich abgelehnt.

6. Allfälliges

kein Beschluss

Beilage zu Top 4